



Liebe Leser*innen,

die in Kürze bevorstehende, vorgezogene Bundestagswahl ist ein bedeutender Moment, der für uns alle auch eine große Chance mit sich bringt. Denn die Wahl ist nicht nur ein Ausdruck unserer demokratischen Rechte, sondern auch ein Aufruf zur Mitgestaltung unserer Zukunft. Lassen Sie uns das gemeinsam nutzen!

Oft hört man Sätze wie: „Meine Stimme macht keinen Unterschied.“ Doch das Gegenteil ist der Fall. Jede Stimme zählt. Gerade in Zeiten, in denen die Herausforderungen unserer Gesellschaft immer komplexer werden, ist es umso wichtiger, dass möglichst viele Menschen ihre Perspektiven durch ihre Wahlentscheidung einbringen. Nur so können wir sicherstellen, dass die Politik der nächsten vier Jahre die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und die Themen angeht, die uns wirklich

am Herzen liegen. Das Ergebnis der Bundestagswahl entscheidet darüber, welche politischen Konzepte umgesetzt und welche Prioritäten gesetzt werden. Sei es die Gestaltung einer gerechteren Sozialpolitik, die Sicherung der Renten, der konsequente Ausbau von Barrierefreiheit oder die sozial gerechte Bewältigung des Klimawandels – Ihre Stimme trägt dazu bei, die Richtung für unsere Zukunft zu bestimmen.

Und Demokratie lebt von Beteiligung. Wenn wir nicht wählen gehen, überlassen wir anderen die Entscheidung über Themen, die uns direkt betreffen. Jede Stimme ist ein Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt. Gemeinsam können wir unsere Zukunft positiv beeinflussen!

Als SoVD werden wir natürlich auch nach der Wahl die politischen Schwerpunkte und Entscheidungen genau beobachten – und kritisch und konstruktiv begleiten. Zusammenhalt, Toleranz und soziale Gerechtigkeit bleiben dabei zentrale Werte, die unser Handeln leiten werden.

Ihr
Dirk Swinke

Dirk Swinke
Vorstandsvorsitzender
SoVD Niedersachsen

Altersbericht mit erschreckenden Zahlen zu Altersarmut veröffentlicht

Land und Kommunen in der Pflicht

Bundesseniorenministerin Lisa Paus hat Anfang Januar den Altersbericht der Bundesregierung vorgestellt – mit erschreckenden Zahlen: 17 bis 19 Prozent der über 65-Jährigen gelten als armutsgefährdet. Auch in Niedersachsen sind zahlreiche Ältere von Armut bedroht. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb nicht nur Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut auf Bundesebene, sondern sieht auch die Landesregierung und Kommunen in der Pflicht.

Altersarmut ist in Deutschland schon lange ein Problem. Doch der aktuelle Altersbericht zeigt: Die Quote der betroffenen Senior*innen liegt mittlerweile über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Auch in Niedersachsen liegt das Armutsrisiko bei fast 18 Prozent. „Die Politik hat bislang alle Alarmsignale überhört und viel zu wenig gegen Altersarmut getan. Spätestens jetzt muss sie aber aufwachen und schnell handeln. Immer nur Zahlen zu präsentieren, reicht längst nicht mehr“, sagt Dirk Swinke.

Dabei seien nicht nur bundespolitische Maßnahmen wie eine grundlegende Rentenreform, die für armutsfeste Renten sorgt, notwendig. „Auch das Land Niedersachsen und die Kommunen müssen mehr tun“, fordert Swinke und ergänzt: „Niedrige Renten kommen von niedrigen Löhnen. Die Landesregierung muss deshalb endlich effektiv etwas gegen den Niedriglohnbereich tun.“ Dabei gehe es zum Beispiel um die Begrenzung von Leiharbeit, Minijobs und Befristungen. Aber auch die niedersächsischen

Kommunen sind aus Sicht des SoVD beim Kampf gegen Altersarmut in der Verantwortung. „Sie müssen mit ihren Angeboten ganz konkret das Leben der Betroffenen verbessern“, betont der SoVD-Vorstandsvorsitzende. Es müsse vor Ort eine viel bessere Beratungsstruktur zu den Themen Grundsicherung und Schulden geben, die Gesundheitsförderung müsse aus-

gebaut und Menschen stärker finanziell unterstützt werden – gerade, wenn es etwa um die Nutzung von Bussen und Bahnen geht.

„Das Problem wird sich nicht von alleine lösen. Wir brauchen deshalb verschiedene Maßnahmen, die Hand in Hand gehen und ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglichen“, so Swinke.

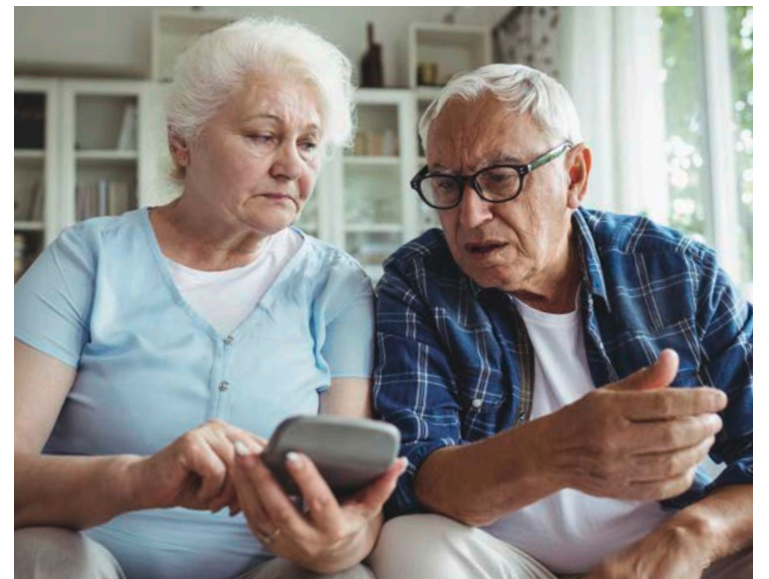


Foto: WavebreakmediaMicro / Adobe Stock

Trotz einer vorangegangenen jahrzehntelangen Berufstätigkeit sind im Rentenalter viele Menschen armutsgefährdet.

Arbeitsmarkt: SoVD kritisiert Ausgleichsabgabe und fordert echte Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Inklusion umsetzen statt freikaufen

Obwohl in Niedersachsen fast 60.000 Fachkräfte fehlen, beschäftigen Unternehmen noch immer viel zu wenige Menschen mit Behinderung. Das kritisiert der SoVD in Niedersachsen scharf. Anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember forderte der Verband daher nicht nur eine höhere Ausgleichsabgabe, sondern auch insgesamt mehr Engagement seitens der Wirtschaft beim Thema Inklusion.



Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

Ein inklusives Arbeitsumfeld, in dem Menschen mit Behinderung teilhaben können, wirkt auch dem Fachkräftemangel entgegen.

Unternehmen sind verpflichtet, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderung zu besetzen. Tun sie dies nicht, müssen sie eine sogenannte Ausgleichsabgabe zahlen. Die Höhe der Abgabe ist abhängig von der Unternehmensgröße und beträgt zwischen 140 und 720 Euro im Monat.

„Trotz dieser Abgabe erfüllen nur 37 Prozent der niedersächsischen Unternehmen die Quote und nutzen so das Potenzial von Menschen mit Behinderung“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, und ergänzt: „Für uns zeigt das ganz deutlich, dass die Abgabe

noch nicht hoch genug ist. Sie muss verdoppelt werden.“ Seiner Ansicht nach können Barrieren nur abgebaut werden, wenn Arbeitgeber*innen im Arbeitsalltag Erfahrungen mit Menschen mit Behinderung machen und so Vorurteile abgebaut werden.

„Bislang kaufen sich viele Unternehmen durch die Zahlung der Ausgleichsabgabe frei. Das muss verhindert werden. Dadurch, dass Menschen mit Behinderung oft außen vor gelassen werden, gehen dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Arbeitskräfte verloren“, betont Swinke. Das sei gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ein

fataler Fehler. Niedersachsens größter Sozialverband weist aber auch darauf hin, dass sich gleichberechtigte Teilhabe nicht nur durch finanzielle Zahlungen erreichen lässt. „Vielmehr muss sich in den Köpfen der Arbeitgeber*innen etwas verändern. Sie müssen Menschen mit Behinderung als Beschäftigte mit unverzichtbaren Qualifikationen wahrnehmen“, so der Vorstandsvorsitzende weiter. So seien bessere Beratungsangebote für Unternehmen, die Menschen mit Behinderung einstellen möchten, dringend notwendig. „Nur dann kann Inklusion gelingen“, ist sich Swinke sicher.